

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

25.11.1927 (No. 275)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Brennpfosten:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Berantwörtlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. Menck
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Anforerliche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshilfsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Abrüstungsdebatte im englischen Unterhaus

Die Unterhausdebatte über internationalen Frieden und Abrüstung wurde am Donnerstag von Macdonald eingeleitet, der eine bereits veröffentlichte Entschließung einbrachte, in der dem bedauerlichen Mangel an Bereitschaft der Regierung Ausdruck gegeben wird, dem internationalen Frieden und die Entwaffnung zu fördern, begann mit einem Hinweis auf die heranwachsende Generation, die keine Kriegserfahrung am eigenen Leibe gespürt habe und die leicht in gleicher Weise mitgeführt werden könne wie die jetzige Generation. Macdonald nahm eingehend auf Lord Cecil's Rücktritt Bezug und erklärte, er hoffe, das Haus werde die Regierung zwingen, in Genuß mitzuarbeiten an Abrüstung, Schiedsgerichtsbarkeit und internationaler Sicherheit. Solange England sich nicht in besonderer Weise für den Frieden und die Abrüstung einsetze, bleibe die Gefahr eines neuen Krieges bestehen. Macdonald kam dann auf das Scheitern der Plattenkonferenz zu sprechen und fragte die Regierung an, daß alle diese Verhandlungen sich viel mehr um eine Verbilligung der Kriegsführung gedreht hätten, als um die Befestigung des Friedens. Chamberlain, der für die Regierung antwortete, warnte das Haus vor weiteren Verpflichtungen. Würde England beispielsweise seine Flotte dem Völkerbunde zur Verfügung stellen, so könne es leicht geschehen, daß ein drittes Land Englands Wehrmacht zum Kampfe gegen Amerika fordern würde. Die jetzige Regierung werde auch nicht die Optionsklausel für das Haager Schiedsgericht unterzeichnen, weil sich im Grunde alle Parteien darin einig sein dürften, daß dies sowie nicht ohne Reservationen geschehen könne, nämlich Vorbehalte, daß die Schiedsgerichtsbarkeit nicht für die inneren Angelegenheiten des Empires in Betracht kommen könnten. Die Maschinenrie des Friedens dürfe nicht überstürzt aufgebaut werden. Ist die Opposition bereit, fragte Chamberlain zum Schluß, „England mit all seinem Anhang der Gnade einer toten Maschine in Genuß zu überlassen, ohne die Stimme des eigenen Volkes anzuhören?“ Lord George beschränkte sich auf seine in letzter Zeit wiederholt geäußerten Argumente der starken Bewaffnung der Alliierten und erwähnte, daß Deutschland beim Friedensschluß ausdrücklich das Versprechen gegeben wurde, daß die Entwaffnung Deutschlands nicht einseitig sein solle, sondern die Grundlage für die Abrüstung der ganzen Welt bilde. Dieses Versprechen sei bisher nicht erfüllt worden. Die Seesärfungskonferenz sei eine algebratische Posse gewesen. Wir müßten ein gewisses Risiko hinsichtlich des Friedens auf uns nehmen, wie wir dies hinsichtlich des Krieges getan haben. Er sehe allerdings kein Risiko, denn er erblicke keinen Feind am Horizont. Wenn die ungeheueren Armeen weiterbeständen, so sei der Krieg in Europa ebenso unvermeidlich, wie vor 1914.

Noel Bugton (Arbeiterpartei) sagte, ein Beweis für den Mißerfolg Locarno sei, daß die Abrüstung nicht fortschreite. Der Erste Lord, der Admiral Bridgeman, erklärte, der wichtigste britische Vorschlag in Genf habe sich auf die Verminderung der Größe der Schlachtschiffe und die Verlängerung ihrer Lebensdauer bezogen. Er verleihe nicht, warum dieser Vorschlag für Amerika unannehmbar gewesen sei, der bereitwillig von Japan angenommen worden sei. Der Vorschlag würde über 50 Millionen Pfund Sterling an Ausgaben ersparen. Bridgeman schloß: da der Wille zum Frieden in Großbritannien, Amerika und Japan besteht, ist eine genaue Formulierung der Begrenzung der Rüstungen nicht von wesentlicher Bedeutung. Dringend notwendig ist es, zu versuchen, alle zwischen den drei Ländern bestehenden Differenzen aus der Welt zu schaffen und sich der Welt die Versicherung zu geben, daß keine der drei Mächte den Krieg wünscht.

Die Resolution der Arbeiterpartei wurde darauf mit 316 gegen 105 Stimmen abgelehnt, dagegen ein konservativer Änderungsantrag, der die Politik der Regierung billigt, mit 288 gegen 66 Stimmen angenommen.

Konferenz zur Verhütung der Kriegsgefahr

In London ist am Donnerstag eine Konferenz zur Verhütung der Kriegsgefahr, zu der Staatsmänner und Schriftsteller aus allen Teilen der Welt in London erschienen sind, in Anwesenheit des Reichstagsabgeordneten Breitfeld durch den früheren italienischen Premierminister Nitto eröffnet worden.

Nitto erklärte in einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede zur Eröffnung der „Wie wieder Krieg“-Konferenz in London, die Kriegsgefahr sei noch nie so groß gewesen, wie augenblicklich. Sie sei noch größer als am Vorabend des europäischen Krieges. Nach der Abrüstung Deutschlands, Österreichs und Bulgariens habe Europa fast eine Million Menschen mehr unter Waffen als vor dem Kriege und gebe für militärische Zwecke zwei Milliarden 200 Millionen Dollar aus. Die Rüstungsverminderung werde ertört, doch gingen die Rüstungen weiter. Zwischen den Völkern selbst bestehe kein Haß. Das deutsche und das französische Volk hätten einander nicht. Es gebe jedoch in jedem Lande bössartige Minderheiten. Nitto griff den Faschismus an, der in Italien alle Freiheit unterdrücke. Trotz der falschen Statistik nehme die finanzielle Unordnung in Italien fast täglich zu. Mussolini habe niemals seinen Willen zum Kriege verhehrt. In Genf sei niemals ernstlich die Absicht herbeigeföhrt, die Rüstungen zu vermindern.

Der deutsche Vertreter, General v. Schmidt, wurde von den zahlreichen Anwesenden, unter denen sich viele Frauen befanden, lebhaft begrüßt.

Zur Aussperrung in der Biogarenindustrie haben die Zentrumsfraktion und die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages Interpellationen eingebracht, in denen die Regierung ersucht wird, für die schleunige Beilegung dieses Wirtschaftskampfes zu sorgen. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes faßte in einer Sitzung in Berlin den einstimmigen Beschluß, dem Tabakarbeiterverband die Hilfe des Bundes zu gewähren.

Polen und Litauen

Überreichung russischer Noten in Warschau und Kowno
WZS. Warschau, 25. Nov. (Tel.) Der Gesandte der Sowjetregierung in Warschau, Bogomolow, hat gestern der polnischen Regierung eine Note über den polnisch-litauischen Streitfall überreicht. Dem „Was Prawdy“ zufolge ist die Note im gleichen Sinn gehalten, wie die seitlich in der „Istwestija“ erschienenen Ausführungen über die gleiche Frage. Die Note hebt, dem Blatte zufolge, insbesondere die ernste Gefahr hervor, die dem Frieden drohen würde, wenn Litauen seine Unabhängigkeit verlieren sollte. „Gazeta Warszawska“ erfährt, daß auch in Kowno eine Note der Sowjetregierung über den polnisch-litauischen Konflikt überreicht wurde. Marshall Pilsudski ist heute früh aus Wilna nach Warschau zurückgekehrt. Nahezu alle Blätter verzeichnen das Gerücht, daß außer dem Minister des Äußeren, Jazewski, der am 2. Dezember nach Genf reist, auch möglicherweise Marshall Pilsudski selbst in Genf erscheinen werde, um den polnischen Standpunkt in der litauischen Frage persönlich zu verteidigen. Eine amtliche Bestätigung dieser zuerst aus Wilna verbreiteten Nachricht, liegt nicht vor.

Der Gegensatz zwischen Polen und Litauen hat sich in der letzten Zeit immer mehr verschärft. Die Annahmungen der litauischen Regierung für Wilna haben die polnische Regierung veranlaßt, Demonstrationen an der litauischen Grenze vorzunehmen, deren Einseitigkeit in Kowno erkannt worden ist. In diesen Demonstrationen kam jetzt eine Meße des polnischen Ministerpräsidenten, des polnischen Außenministers und des polnischen Generalkonsuls nach Wilna.

Sehr nervös ist man in Rußland, da auch der polnische Gesandte in Moskau sich nach Wilna begeben hat. Seine Reise wurde in Moskau als ein Symptom bevorstehender Pläne der Annexion Litauens durch Polen gedeutet, und zwar in dem Sinne, daß der polnische Gesandte im Falle der Verwirklichung der Annexionspläne in Moskau nicht anwesend sein möchte. Man glaubt, daß die Besprechungen in Genf zu spät kommen, um die Verfestigung Litauens abzuwenden. Die Wostlawer „Istwestija“ erklärt daraufhin, daß die polnische Expedition in der Richtung auf Litauen nicht nur die nach dem Kriege und dem Versailles Vertrag entstandenen innerpolitischen Gegensätze widerspiegeln, sondern auch eine äußerlich gefährliche Phase des Fortschrittes dieser Gegensätze bedeute.

M. Berlin, 25. Nov. (Priv.-Tel.) Während es zuerst hieß, daß der russische Delegation für die Genfer Abrüstungskonferenz, Litwinow, mit den Herren seiner Begleitung Berlin sofort wieder verlassen würde, um nach Genf weiterzufahren, ohne mit den deutschen Behörden Rücksprache zu nehmen, teilt die russische Botschaft jetzt mit, daß heute mittag eine Aussprache zwischen Litwinow und Stresemann stattfindet.

Die Reichstagsauflösung

Die „Voss. Ztg.“ hatte berichtet, die Mitglieder der Reichsregierung hätten in einer Aussprache darüber, zu welchem Zeitpunkt die Auflösung des Reichstages sich am ersten empfehlen würde, sich geeinigt, daß als frühestes Termin für die Auflösung der Monat Juni 1928 in Betracht käme, so daß die Wahl kurz vor Beginn der Ernte stattfinden könnte. Dazu schreibt der „Tag“: Von einem solchen Beschluß des Kabinetts kann keine Rede sein. Dieses Gerücht geht darauf zurück, daß in einer Besprechung der Führer der Regierungsparteien und auch der Mitglieder des Kabinetts, sowie in Besprechungen der Regierungsparteien volles Einvernehmen geherrscht hat, daß aus reparationspolitischen Gründen eine Auflösung des Reichstages vor Fertigstellung des Etats sehr ernste Gefahren nach sich ziehen könnte und daß deshalb mit allen Mitteln der Abschluß des Etats durchgeföhrt werden müßte.

Nyrow über Rußlands außenpolitische Lage

WZS. Moskau, 25. Nov. (Tel.) In einer Rede auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei der Ukraine in Charlow betonte Nyrow in Beantwortung der unlängst gehaltenen Rede Baldwin's, daß die Sowjetregierung die Wiederaufnahme der diplomatischen und der Handelsbeziehungen auf Grund der von Baldwin aufgestellten gegenseitigen Bedingung sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse des anderen Landes zu enthalten, nicht ablehne. Daß von seiten der Regierung Englands keinerlei offiziellen oder offiziellen Vorschläge zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vorliegen, gebe jedoch Anlaß zu der Annahme, daß Baldwin's Rede nur den Interessen der Wahlkampagne Rechnung trage. Die Initiative zur Wiederaufnahme der Beziehungen müsse von der englischen Regierung ausgehen, da ja auch die Initiative zum Abbruch von ihr ausgegangen sei.

Ferner erklärte Nyrow, die Entwicklung der Ereignisse zeige, daß die englische Regierung in ihrer Politik der Isolierung der Sowjetunion keinen Erfolg erziele. In einer Reihe von Fällen sei die Sowjetunion einem Kriege nahe gewesen, doch dank ihrer konsequenten friedfertigen Politik sei es der Sowjetregierung gelungen, den Frieden zu sichern. Gegenwärtig sei die Lage günstiger als vor einem halben Jahre.

Wirtschaftliche Umschau

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich in einer in Bochum gehaltenen Rede sehr eingehend mit der Wirtschaft-, Finanz- und Währungsfrage Deutschlands beschäftigt. Diese sorgfältig ausgearbeitete Rede, die der deutschen Presse auch im Wortlaut zugänglich gemacht wurde, enthält eine Reihe Feststellungen und Thesen von großer Tragweite, um die nun eine heftige Debatte entstanden ist.

Man wird gut tun, die Erklärungen Schachts, so sehr sie im einzelnen ineinandergreifen, nach zweierlei Gesichtspunkten zu gliedern, nach ihrem grundsätzlichen Inhalt, der logisch durchdacht, kaum viele Angriffspunkte bietet, und zweitens bezüglich der darin speziell geäußerten Kritik, die vor allem sowohl die kommunale Finanzwirtschaft wie auch die private Selbstwirtschaft der großen Bankinstitute betrifft. Den schärfsten Widerspruch erfuhren die Ausführungen Schachts von seiten der großen Kommunen, und insbesondere glauben sich durch sie die großen Städte des Westens, vor allem Köln und Frankfurt, deren Finanzpolitik auch sonst, wie z. B. infolge der Kohlenfelderankäufe, stark umstritten ist, wie auch Berlin betroffen.

Dr. Schacht, dessen Ausführungen nach ihrem Inhalt nochmals skizziert seien, stellt in erster Linie an die gesamte öffentliche Finanzgebarung das Verlangen nach größerer Sparsamkeit. Zur Begründung seiner Ausführungen gibt er eine Darstellung der Finanz-, Wirtschafts- und Währungsfrage Deutschlands. Er erklärt, daß der Reichshaushalt und die deutsche Zahlungsbilanz und demgemäß auch die Währung nicht aus der Kraft eigener Produktionsüberschüsse, sondern aus der Kredithilfe des Auslandes bisher aufrechterhalten wurden. An sich gesehen sei das bei der Lage Deutschlands, das so sehr von mobilem Kapital entblößt ist, gar nicht anders möglich, doch müsse man sich vor Augen halten, daß dadurch nicht für die Dauer das Gleichgewicht unserer Zahlungsbilanz herbeigeföhrt werden könne, und daß Deutschland mit seiner Auslandsverschuldung, die nun auf 10 Milliarden beziffert wird, Maß halten müsse, nachdem wir jährlich schon dafür 3/4 Milliarden an Zinsen und Tilgungsraten aufzubringen haben. Dazu kommt die Bezahlung des Einfuhrüberschusses (in den ersten 9 Monaten dieses Jahres 3 Milliarden) und vom nächsten Herbst ab 2 1/2 Milliarden Reparationszahlungen. Die Notwendigkeit der Einschränkung der Auslandsanleihen begründete der Reichsbankpräsident auch damit, daß durch den Austausch der hereinkommenden Dollars in deutsche Banknoten eine Vermehrung des Zahlungsmittelumschlages herbeigeföhrt werde, die bei hemmungsloser Weiterentwicklung schließlich preisverteuernd und inflationistisch wirken müsse. Der deutsche Notenumlauf müsse aber aus Gründen der Währungs- und Preispolitik beschränkt bleiben. (Der Reichsbankpräsident schätzte einen Umlauf von etwas über 6 Milliarden, wie wir ihn gewöhnlich haben, als ausreichend.) Da demgemäß das neu hereinkommende Auslandsgeld also nicht unbeschränkt in deutsche Banknoten umgetauscht werden könne, bleibe der Reichsbank schließlich nichts übrig, als ihren Kredit mit Hilfe der Diskonterhöhung einzuschränken, so daß dann Auslandskredit an Stelle des Reichsbankkredits trete und für Inlandsgeld höhere Zinsen zu zahlen seien. Der Widerspruch einer solchen Entwicklung sei klar, und deshalb müsse mit allen Mitteln der Weg der verstärkten heimischen Kapitalbildung gesucht werden, der auf gesteigerter Produktionsleistung und gesteigerter Sparsamkeit beruhe.

Der Reichsbankpräsident forderte, daß die öffentlichen Organe hier vorangehen, und beschuldigte sie, daß der Mangel an weiser Beschränkung in ihren Ausgaben der Anlaß zu ihrer starken Auslandsverschuldung gewesen sei. Private, die ihre eigene Haut zu Markte trügen, würden schon deshalb eine sehr sorgfältige Prüfung der Rentabilität ihrer Anleiheaufnahmen eintreten lassen. Wenn die großen Städte aber, gegen die sich Dr. Schacht besonders wendete, Luxusausgaben und nicht dringliche Ausgaben unterlassen hätten, hätten sie wahrscheinlich nicht eine einzige Auslandsanleihe aufzunehmen brauchen. Die öffentliche Hand bringe zudem nur in verhältnismäßig geringem Maß Devisen auf, sie trage die Hauptlast der wirtschaftenden Bevölkerung zu Markte. Die schlimmste Gefahr sei gegenwärtig ein Stöcken der Auslandsanleihen, weil dann der notwendige Devisenzufuß aufhöre. Müßte dann die Reichsbank ihre Devisen hergeben und infolgedessen den Notenumlauf einschränken,

so würde sich das in einem krisenhaften Liquidierungsprozess der Wirtschaft auswirken. Dr. Schacht wendete sich ferner gegen die Banken, die unzulässigerweise zu viel kurzfristiges Auslandsgeld hereinnehmen, durch die Kreditausweitung die Reichsbank zur Diskontheraufsetzung zwingen, und die Allgemeinheit zu ungesunden Spekulationen anregen. Er verlangte mehr Gemeinschaftsbetätigung, Korpsgeist und Aufräumen mit den Inflationsgewohnheiten.

Wie zu erwarten, haben die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten zunächst von den in erster Linie angegriffenen Städten Entgegnungen erfahren und die Debatte wird weitergehen, zumal in der nächsten Woche auch im Reichstag im Anschluß an eine Interpellation der Sozialdemokraten eine Aussprache stattfinden soll. In der Hauptsache geht der Streit darum, was Luxus- und nicht dringliche Ausgaben sind. Der Vorsitzende des deutschen Städtetags, Dr. Muler, der von einer antikommunalen Propaganda spricht, erklärt, daß die Auslandsanleihen der deutschen Kommunen nur 10 Proz. der langfristigen deutschen Auslandsanleihen ausmachen und ihre gesamte langfristige Verschuldung im Inland und Ausland seit 1924 nur 2 1/2 Milliarden beträgt. Sie sei im Durchschnitt der letzten vier Jahre geringer als im gleichen Zeitabschnitt der Vorkriegszeit. Des weiteren wird in Abrede gestellt, daß überflüssige Luxusausgaben gemacht worden seien. Viele Bauten der Gemeinden galten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und hierfür hatten die Reichsinstanzen große Mittel zur Verfügung gestellt, die trotz aller Bitten nicht für Wohnungsbauten freigegeben wurden. Von Dr. Muler, wie auch von anderer kommunaler Seite wird zugegeben, daß mancherorts kommunaler Ehrgeiz und Rivalitäten überflüssige Ausgaben verursacht haben mögen, daß sich dies aber nicht generell behaupten lasse. Auch Sportanlagen, Schwimmbäder, Messenpaläste könnten produktiv sein, ebenso sei eine vorzügliche Bodenpolitik kein Luxus. Bei Betrachtungen über die Produktivität von Anleihen dürfe man den wertvollsten Produktionsfaktor, den Menschen, nicht übersehen. Eine zentrale Kontrolle der lokalen Finanzen der Gemeinden, wie sie der Reichsbankpräsident fordere, müßte zu einem Mammutbehördenapparat führen.

Bei dem Streit über die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, der gleichfalls auf die Rede des Reichsbankpräsidenten hin wieder auflebte, ist nicht zu vergessen, daß wir in Deutschland nun einmal eine solche Betätigung in großem Umfang haben, so in der wichtigen Elektrizitätsversorgung nicht nur eine solche der Gemeinden, sondern auch der Länder, wie bei uns in Baden. Es ist dabei anerkannt, daß die Übernahme routinemäßiger, monopolistischer Betriebe, so der großen Verkehrsunternehmen, der Kraft-, Licht- und Wärmeverorgung durch die öffentliche Hand, oder die gemeinwirtschaftliche Beteiligung daran, im Interesse der Volksgemeinschaft liegt. Man braucht dabei nur an die Eisenbahnen zu denken. Auch die neuen großen Elektrizitätswerke in Süddeutschland konnten gerade durch staatliche Mitwirkung und Einflußnahme wirtschaftlich aufgebaut werden. Sie sind zweifellos wie Privatunternehmen anzusehen, ebenso produktiv, und ebenso berechtigt, sich auf dem Auslandsmarkt mit Kapital zu versorgen, das sie ebenso wie die privaten Betriebe im Inland nicht finden. Fehlunternehmen der öffentlichen Hand, wie sie namentlich in der ersten Zeit nach der Stabilisierung vorkamen, zeigten bereits die Notwendigkeit der Grenzziehung für den öffentlichen Aufgabenkreis auf. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten für die Aufnahme öffentlicher Anleihen, auf die in diesen Tagen auch im badischen Landtag der Finanzminister hinwies, haben leider sehr unliebbare Folgen für den Arbeitsmarkt.

Gegenwärtig liegt die „Beratungsstelle“ im Reichsfinanzministerium, welche die öffentlichen Anleihen zu genehmigen hat, still. Über die Länder wird eine Umfrage bei den größeren deutschen Gemeinden nach ihrem Anleihebedarf für produktive Zwecke, nach der schwebenden Schuld und der bisherigen Verwendung der Auslandsanleihen veranstaltet. Man will sich zunächst ein Bild über die Gesamtlage machen, bevor man neue Einzelanträge der Gemeinden genehmigt.

Wichtiges Material zu obigen und andern Fragen gibt eine in diesen Tagen erschienene Übersicht des Statistischen Reichsamts über den Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden für das Rechnungsjahr 1925/26. Es sind darunter die Verwaltungskosten und sonstigen Ausgaben zu verstehen, die durch Steuern, Zölle, Betriebsüberschüsse und sonstige Vermögenserträge gedeckt werden. Der gesamte Zuschußbedarf (Reich, Länder und Gemeinden) betrug 1913 für das jetzige Reichsgebiet 5,4 Milliarden Mark (auf den Kopf der Bevölkerung 93,56 Mark) und im Rechnungsjahr 1925/26 11,9 Milliarden RM (190,2 RM). Der Zuschußbedarf ist demnach um 6,5 Milliarden RM, also um mehr als die Hälfte, gestiegen und damit die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung um 103,3 v. H. Auch der Hauptgrund dieser Erscheinung wird aus der Übersicht klar. Die inneren und äußeren Kriegslasten erforderten bereits 1925/26 2,7 Milliarden. Sie sind inzwischen noch gestiegen und werden mit dem Herbst nächsten Jahres, der die Höchstsumme der Dawestribute bringt, noch weiter steigen.

Dazu kommen die Lasten für die Wohlfahrtspflege, die zu einem großen Teil gleichfalls als indirekte Kriegslasten anzusehen sind und 1925 2,84 Milliarden betragen (1913 570 Millionen). Eine wesentliche Verringerung

des Bedarfs ist nur bei der Wehrmacht eingetreten. Zimmerlin kostete 1925 unser kleines Heer nebst Flotte 625 Millionen (gegenüber 1,7 Milliarden 1913), dafür allerdings die Polizei 652 Millionen (gegen 198 Millionen 1913). Die hier mitgeteilten Summen zeigen die Verwaltungskosten usw. vor zwei Jahren, sie dürften jetzt höher sein. In Rechnung zu stellen ist bei allen derartigen Vergleichen auch das Sinken des Geldwertes und des deutschen Kapitalvermögens auf der andern Seite. Nur auf Grund einer ins einzelne gehenden Untersuchung der verschiedenen Ausgabenposten werden sich unter Berücksichtigung dieser Faktoren Wege zur Verringerung der öffentlichen Ausgaben aufzeigen lassen.

Aus den Reichstagsausschüssen Die bekennnisfreie Schule

Der Bildungsausschuß beschäftigte sich am Donnerstag mit § 5 des Reichsschulgesetzes, der die weltliche Schule behandelt. In der Aussprache wandten sich die Sozialdemokraten dagegen, daß die weltliche Schule zu einer reinen Dissidentenschule gemacht werde; sie solle vielmehr allen Kindern offenstehen. Zu Abstimmungen kam es in der Sitzung noch nicht. In der Sitzung am heutigen Freitag wurde der § 5 mit drei Änderungsanträgen der Regierungsparteien so angenommen, daß er jetzt lautet:

„Die bekennnisfreie Schule ist für solche Kinder bestimmt, die keinem Bekenntnis angehören, oder, soweit sie einem Bekenntnis angehören, nach dem Willen der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht abgemeldet sind und nicht an einer Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule erzogen werden sollen. Sie steht jedoch aus besonderen Gründen auch anderen Kindern offen. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule ihren Charakter als bekennnisfreie Schule nicht.“

Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf allgemein sittlicher Grundlage, ohne bekennnismäßige oder weltanschauliche Bindung. Religionsunterricht wird nicht erteilt. An einer bekennnisfreien Schule ist Unterricht in einer bestimmten Weltanschauung zuzulassen und im übrigen Unterricht auf diese Weltanschauung Rücksicht zu nehmen, wenn für die Pflege dieser Weltanschauung eine Vereinigung besteht, der in dem betreffenden Lande die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß Art. 137 Abs. VII der Reichsverfassung gewährt wird, und wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens zwei Dritteln der die Schule besuchenden Kinder dies beantragen. Zur Teilnahme an dem besonderen Weltanschauungsunterricht kann kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten gezwungen werden. Die Erteilung eines solchen Weltanschauungsunterrichts bleibt der Willenserklärung des einzelnen Lehrers überlassen. An der bekennnisfreien Schule können Angehörige jeden Bekenntnisses sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden. Lehrer, die die Voraussetzung für die Anstellung an einer Bekenntnisschule erfüllen, dürfen nicht gegen ihren Willen an einer bekennnisfreien Schule verwendet werden. Bei nur vorübergehender Verwendung sind Ausnahmen aus besonderen Gründen zulässig. Im Falle des Abs. III ist bei der Anstellung der Lehrer die weltanschauliche Gliederung der Schüler tunlichst zu berücksichtigen.“

Die Beamtenbesoldung

Im Haushaltsausschuß erwiderte auf eine Anfrage des Abg. Garmann (Deutschn.), bis wann die Vorlage berabsehend sein müsse, um eine Auszahlung der neuen Gehälter noch zu Weihnachten zu ermöglichen, die Regierung, der Reichstag müsse dann Ende nächster Woche die Vorlage fertiggestellt haben. Der Vertreter der preussischen Regierung unterstützte die Bitte um Beschleunigung.

Dann wurde die Gruppe A 4b beraten, die Gehälter von 2800 bis 5000 M vorsteht. Ein Vertreter der preussischen Regierung trat für den Reichsratsbeschuß ein, der gestaffelte Stellenzulagen von 300, 500 und 700 M für sogenannte Regierungsoberinspektoren vorsteht.

Abg. Brünninghaus (D. Vp.) begründete einen Antrag der Regierungsparteien, statt dieser Stellenzulagen eine besondere Besoldungsgruppe für Inspektoren zu bilden mit Gehältern von 4100 bis 5800 M. Entsprechend soll das Endgehalt der Gruppe A 4a auf 5800 M erhöht werden.

Abg. Dr. Dietrich (Dem.) fragte die Regierung, wieviel Beamte davon betroffen werden würden. Seine Freunde würden die Beseitigung der Stellenzulagen begrüßen.

Ministerialdirektor Dr. Loholz erwiderte, es lämen 5000 Reichs-, 4900 Post- und 6600 Eisenbahnbeamte in Betracht. Die vom Reichsrat beschlossene Staffellage lehne die Regierung ab, weil die Verhältnisse in Preußen anders seien als im Reich.

Das Mieterschutzgesetz

Der Wohnungsausschuß erledigte am Donnerstag die Novelle zum Mieterschutzgesetz bis einschließlich § 1h, die im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen wurde. Danach erfolgt die Zustimmung des Räumungsschreibens des Hauswirts von Amts wegen. Bei einer Kündigung wegen Zahlungsverzuges ist der Fürsorgebehörde Mitteilung zu machen. Der Mieter kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Widerspruch erheben. Er muß bei der Zustimmung der Kündigung auf sein Widerspruchsrecht aufmerksam gemacht werden. Bei rechtzeitigem Widerspruch verliert die Kündigung ihre Kraft. Erhebt aber der Mieter nicht rechtzeitig Widerspruch, so ist gegen ihn auf Geheiß des Hauswirts Räumungsbefehl zu erlassen. Der Mieter kann gegen den Räumungsbefehl Einspruch erheben und muß über dessen Form belehrt werden. Eine Nachprüfung der Räumungsgründe ist dann nur zulässig, wenn dem Mieter keine Schuld an der Verkümmung des rechtzeitigigen Widerspruchs gegen die Kündigung selbst trifft.

Die Rentnerversorgung

Im Sozialpolitischen Ausschuß wurde am Donnerstag nach längerer Aussprache zu den bereits mitgeteilten Erklärungen des Reichsarbeitsministers beschloffen, die Beratung des demokratischen Gesetzentwurfes wegen der finanziellen Auswirkungen zunächst auszusetzen und erst wieder bei der Beratung des Etats aufzunehmen.

Der Fall Göls

Der Reichsbegründungsausschuß wurde für nächsten Dienstag einberufen, um von der Regierung darüber Erklärungen entgegenzunehmen, was zur weiteren Aufklärung des Falles Göls bisher geschehen sei. Nach Entgegennahme dieser Informationen wird der Reichsbegründungsausschuß zu dem Fall selbst Stellung nehmen.

Der Ausschuß für die Verwaltungsreform. Der vom Reichsminister eingeleitete Ausschuß für die Verwaltungsreform hat Donnerstag nachmittag eine Sitzung abgehalten.

Deutscher Reichstag

BDZ. Berlin, 24. Nov.

Bei der ersten Beratung

des Gesetzentwurfes eines Auslieferungsgesetzes

betont Abg. Dr. Breitfeld (Soz.), der vorliegende Entwurf sei in vielen Bestimmungen begrüßenswert, andere Bestimmungen müßten im Rechtsausschuß verbessert werden. Das gelte besonders für die in der Vorlage nicht genau genug gegebene Begriffsbestimmung der politischen Straftaten. Auch Abg. v. Freytag-Loringhoven (Deutschn.) hält eine genauere Durchprüfung des Entwurfs im Rechtsausschuß für notwendig.

Reichsjustizminister Hertig hebt die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Auslieferungswesens hervor. Auslieferungsträger von solchen Einzelsünden seien nur noch mit Frankreich vorhanden. Diese Verträge müßten nun durch den Abschluß von Reichsverträgen dem neuen Recht angepaßt werden. Hier sei der Boden geschaffen, für ein internationales Zusammenarbeiten zum Schutz der gemeinsamen Rechtsgüter der Nationen.

Abg. Sieder (Komm.): Das vorliegende Gesetz biete keine Garantie wegen einer Auslegung im Sinne der Reaktion. Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius begründet hierauf den zur ersten Beratung stehenden

Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Die Reform des vorläufigen Reichswirtschaftsrates habe sich als notwendig erwiesen. Die Kritik an seinen Arbeiten sei allerdings unberechtigt gewesen, weil seine Tätigkeit sich hauptsächlich in den Ausschüssen vollzogen hat. Bei dem bisherigen System waren zwei Drittel der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates von der praktischen Mitarbeit ausgeschlossen. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll den Charakter einer Gutachterkörperschaft beibehalten. Auch das volle Initiativrecht wird ihm gewährt. Eine engere Verbindung zwischen Reichswirtschaftsrat und den gesetzgebenden Körperschaften soll hergestellt werden. Eine Verkleinerung der Mitgliederzahl war notwendig. Sie ist von allen Kreisen der Wirtschaft gefordert worden. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorlage bald verabschiedet werden möge.

Abg. Koenen (Komm.): Der vorliegende Gesetzentwurf sei ein Wechselhaß, mit dem die Kommunisten nicht einverstanden sein könnten.

Abg. Wiffel (Soz.) weist unter dem Värm der Kommunisten mit großer Schärfe Angriffe des Redneres zurück. Die Aussprache schließt damit, die Vorlage geht an den Reichswirtschaftlichen Ausschuß. Um 16 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 15 Uhr.

Politische Neuigkeiten

Der preussische Ministerpräsident in München

Anläßlich der Einweihung der Räume der preussischen Gesandtschaft in München veranstaltete am Donnerstag die preussische Staatsregierung in engem Kreise ein Festessen, an dem u. a. der bayerische Ministerpräsident und sämtliche bayerischen Staatsminister teilnahmen.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Frage der Beibehaltung der innerdeutschen Gesandtschaften nach der verfassungsrechtlichen Neugestaltung Deutschlands umstritten sei. Er machte auch kein Hehl daraus, daß er selbst grundsätzlich auf dem Standpunkte ihrer Entbehrlichkeit stehe. Wenn Preußen alle früheren Gesandtschaften bis auf die in München aufgelöst habe, so liege das daran, daß diese Gesandtschaft die besondere Aufgabe habe, das Verhältnis zwischen den beiden größten Ländern des Reichs immer enger zu gestalten und dazu beizutragen, die sogenannte Mainlinie vollends zu verwickeln. Der Ministerpräsident kam dann auf das Problem der Verwaltungsreform zu sprechen und erklärte, die Überzeugung von der Unhaltbarkeit der heutigen verfassungsrechtlichen Struktur des Reichs sei mit der Zeit Allgemeingut aller im öffentlichen Leben stehenden Deutschen geworden. Strittig sei nur die Frage, in welcher Richtung sich die unerläßliche Änderung bewegen solle.

Ministerpräsident Selbst erwiderte, die bayerische Staatsregierung sehe in dem Bestand der preussischen Gesandtschaft den äußeren Ausdruck des föderalistischen Reichsgedankens, den die bayerische Staatsregierung aus tiefer Überzeugung stets gepflegt und betont habe. Wie auch das innerdeutsche Problem aufzufaßt und zu seiner Lösung geführt werden möge, auch in Bayern wolle man dem Deutschen Reich, seiner neuen Kraftentfaltung auf allen Gebieten dienen. Das sicherste Mittel hierzu sei die Wahrung der eigenen verfassungsmäßigen Rechte Bayerns.

Mit dem Empfang hat die preussische Gesandtschaft in München zum erstmaligen nach dem Kriege ihre Räume wieder geöffnet. Die Gesandtschaft war nach Inkrafttreten der Weimarer Verfassung aufgehoben worden, und es wurde zunächst die Stelle eines „Preussischen Bevollmächtigten“ geschaffen, zu deren Träger am 16. Februar 1922 Dr. Dent ernannt wurde. Am 1. Juli 1925 wurde Dr. Dent zum ordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister ernannt. Die preussische Gesandtschaft in München ist jetzt die einzige, die Preußen im Reich unterhält. Sie ist in dem schönen, 1908 in Gegenwart des Kaisers eingeweihten Bau an der Prinzregentenbrücke untergebracht. Die Gesandtschaft umfaßt heute nach gründlicher Ausstattung das Arbeitszimmer des Gesandten, einen Empfangsalon, ein Lesezimmer, ein Speisezimmer und einen Festsaal, an den unmittelbar die Räume der Schatzgalerie anschließen, die der Gesandtschaft für ihre Empfänge ebenfalls zur Verfügung stehen. Bekanntlich wurde die Schatzgalerie von ihrem Gründer, dem Grafen Schach, dem früheren Kaiser testamentarisch überwiesen, der die Belassung in München verfügte. Die Schatzgalerie enthält kostbare Schöpfungen von Feuerbach, Böcklin, Schwind, Spitzweg, Neureuther, Lenbach und anderen Meistern und eine lehrreiche Kopienammlung vieler Hauptwerke italienischer und spanischer Meister.

Der frühere Kaiser gegen Biscator. Als im Oktober bekannt wurde, daß die Biscator-Bühne in Berlin in das Theaterstück „Rasputin“ eine Kaiser Wilhelm II. darstellende Rolle eingefügt habe, ließ der frühere Kaiser, laut „Lofang“, durch seinen Berliner Rechtsbeistand dagegen Widerspruch erheben und die Streichung der Rolle fordern. Biscator lehnte dies ab. Auf Antrag der Vertretung Wilhelm II. hat das Berliner Landgericht jetzt durch eine einstweilige Verfügung Biscator bei Vermeidung der gesetzlichen Haft- oder Geldstrafe aufgeboten, die Rolle Wilhelm II. in dem Stück zu streichen.

Streikabbruch in den saarländischen Hüttenwerken. Die drei Metallarbeiterverbände haben, wie aus Saarbrücken gemeldet wird, einstimmig beschloffen, die Arbeit in den saarländischen Hüttenwerken sofort wieder aufzunehmen.

Auflösung des britischen Transportarbeiterverbandes. Der Transportarbeiterverband wird am 30. November d. J. aufgelöst werden. Er war einer der größten britischen Gewerkschaften.

Die Finanzierung des Liquidationsgeschäftes

Über die Grundlagen der veränderten Finanzierung des Liquidationsgeschäftes ist berichtet worden, daß die notwendigen Mittel aus den Zinsen der Vorkaufaktien der Reichsbahn und aus den Staatswechseln gemeinsam aufgebracht werden sollen. Ein Teil der Liquidationsgeschädigten, und zwar alle diejenigen, die keine Forderungen haben, sollen dem „Verf. Lokanz“ zufolge, durch Darzahlungen abgefunden werden. Alle auf höhere Beträge lautenden Forderungen sollen auf Schuldbeiträgen gedeckt werden. Diese werden dann im Laufe der Jahre mit Hilfe der Zinsen der in der Hand des Reiches verbleibenden Vorkaufaktien und unter Hinzunahme laufender Staatsmittel abgelöst. Für die Darzahlung kommt ein Betrag von etwa 165 Millionen in Frage, für Schuldbeiträgen eine Summe von etwa 860 Millionen. Der Hauptteil der Darzahlungen soll schon möglichst bald geleistet werden, und zwar sind für das Jahr 1927 bereits 160 Millionen für diesen Zweck in Aussicht genommen, der Rest von 5 Millionen für die beiden folgenden Jahre. Der ganze Zahlungsplan erstreckt sich auf etwa 27 Jahre. Es soll in der Weise verfahren werden, daß die kleinen Schuldbeiträgen zuerst, und die großen etwa in den Jahren 1942—1946 getilgt werden.

Es handelt sich also um eine neue Finanzierungsgrundlage für das Liquidationsgeschäft, nachdem der ursprüngliche Plan, Reichsbahnvorkaufaktien für diesen Zweck im Auslande zu verkaufen, an den Bedenken des Reparationsagenten scheiterte. Das Reich ist im Besitz von 760 Millionen Vorkaufaktien, die zunächst einen jährlichen Ertrag von etwas mehr als 50 Millionen einbringen. Da nach dem Regierungsentwurf der Gesamtbetrag der Liquidation etwa eine Milliarde beträgt und in längstens 10 Jahren bezahlt werden soll, sollen aus laufenden Staatsmitteln weitere Teilbeträge herangezogen werden.

Ein italienisch-albanisches Schutzbündnis

In Rom ist überraschend die Veröffentlichung eines dieser Tage in Tirana abgeschlossenen italienisch-albanischen Defensiv-Bündnisses erfolgt, als dessen Zweck die Stabilisierung der gegenwärtig zwischen beiden Ländern herrschenden Beziehungen bezeichnet wird. Der Pakt von Tirana vom Dezember 1926 als Freundschafts- und Sicherheitsvertrag bezeichnet, sicherte bereits die italienische Stellung in Albanien, der neue Vertrag ist ein Schutzbündnis. Seine Absicht ist leicht zu erkennen. In Rom betrachtet man den Pariser Vertrag zwischen Frankreich und Südslawien als eine diplomatische Schlappe und hat ihn mit einem neuen Schatzzug beantwortet.

In dem Vertrag wird „ein unwandelbares Verteidigungsbündnis“ auf 20 Jahre abgeschlossen, das ohne Kündigung stillschweigend für weitere 20 Jahre erneuert wird. Das Bündnis verpflichtet zur gegenseitigen Verteidigung gegen jeden Angriff und im Falle eines nichtprovozierten Krieges zur Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel für die Verhinderung der Feindseligkeiten und die Erlangung einer gerechten Genugtuung der bedrohten Partei. Nach Scheitern aller Schlichtungsversuche müssen den Verbündeten alle militärischen, finanziellen und sonstigen Mittel zur Überwindung des Konfliktes zur Verfügung gestellt werden. Beide Parteien dürfen nur gemeinsam Frieden oder Waffenstillstand schließen und entsprechende Verhandlungen aufnehmen.

Verschiedenes

Ein englisches Mienenluftschiff

WPA London, 25. Nov. (Tel.). Der Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare wird heute das 5 Millionen Kubfuß fassende Mienenluftschiff besichtigen, das seiner Fertigstellung entgegengeht. Das Luftschiff ist nahezu zweimal so groß wie der größte bisher gebaute Zeppelin. Es wird vier Stöckwerke enthalten. Im untersten sind die Führer und die Kontrolleure untergebracht. Das zweite Stöckwerk ist für eine Besatzung von 50 Mann eingerichtet, das dritte und vierte Stöckwerk zur Unterbringung von 100 Passagieren bestimmt. Im dritten Stöckwerk ist außer einer Küche ein Speisesaal für 50 Personen vorhanden, der auch als Tanzraum benutzt werden kann. Außerdem dieses Stöckwerks wird sich eine breite Veranda für die Passagiere hinziehen.

Diebstahl von militärischen Dokumenten

WPA Paris, 25. Nov. (Tel.) Nach einer im „Petit Journal“ veröffentlichten Meldung aus Forbach soll dem Attache der französischen Botschaft in Budapest, Oberst Jeaurat, während er sich im Waldraum des D-Zuges Paris-Saarbrücken befand, eine Aktenmappe mit militärischen Dokumenten gestohlen worden sein.

Gastspiel Karsavina im Landestheater

Tamara Karsavina fest im großen und ganzen die Tradition der Pawlowa fort. Ihre Kunst ist der der Meisterin durchaus ebenbürtig. Und es dürfte zur Zeit kaum eine Tänzerin von Weltmaß geben, welche die Karsavina an Grazie und technischer Sicherheit übertrifft. In ihren Leistungen offenbart sich eine Tanzkultur, wie sie vornehmer und erlebter nicht gedacht werden kann. Diese Tanzkultur ist gewachsen auf dem Boden des Balletts. Damit ist alles zu ihrem Vorteil und zu ihrem Nachteil gesagt. Sie ist ästhetisch schön, soweit die zielliche Bewegung als solche in Frage kommt. Aber sie beeinträchtigt die Schönheit gerade der Gliedmaßen, welche heute Gegenstand der höchsten Anbetung sind, der Beine: die Beine aller europäischen Tänzer und Tänzerinnen sind zu muskulös. Ferner ist diese Ballettkunst in der Hauptsache viel zu unerotisch, um noch starke Wirkungen auf das große Publikum ausüben zu können. Der Tanz ist eine Angelegenheit der Sinne. Je mehr er sich vergeistigt, je mehr er langweilen. Etwas anderes ist es, wenn er von vornherein in die Gefilde des Sports verweisen wird. Dann ist er eben Sport und hygienisch außerordentlich zu begrüßen. Der reine Ästhet wird natürlich immer seine Freude an der feinen und gepflegten Tanzkultur einer Pawlowa oder Karsavina haben. Aber leider stirbt das Geschlecht dieser Kitheten immer mehr und mehr aus. Und die Folge ist die, daß das Gastspiel auch einer so berühmten Tänzerin, wie der Karsavina, schlecht besucht ist. So war es auch gestern im Landestheater. Dafür haben allerdings die Anwesenden die Tänzerin stürmisch gefeiert. Besonders Lob verdienen die überaus schmackvollen Kostüme der Karsavina. Ihr Partner, Keith Lester, bewies sowohl im Einzelganz wie im Duett hohes Können. Die Zwischenmusik war langweilig. Sie bot dem Publikum Klaffendes; aber diese Art Klaffische Musik vermag uns Menschen von heute — von Ausnahmen abgesehen — nicht mehr zu fesseln. In zwei Stunden wickelte sich das ganze Programm ab, künstlich durch Rausen und eben diese Zwischenmusik in die Länge gezogen. In zehn Jahren wird man, wenn die Rasenrapporte bei solchen Gastspielen nur einigermaßen befriedigend lauten sollen, in den Rausen Filmbilder vorführen. Und das wird dann wenigstens interessant sein.

C. A.

Rektorwahl der Universität Basel. Professor Dr. jur. Erwin Rud wurde für 1928 als Rektor der Baseler Universität gewählt.

Badischer Teil

Die Verhandlungen in der Textilindustrie gescheitert

Die am Donnerstag in Freiburg fortgesetzten Verhandlungen in der badischen Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie führten zu keinem Ergebnis. Von Arbeitnehmerseite waren 8 Reichspfennig Lohnerhöhung auf den Gelohn pro Stunde gefordert worden. Von Arbeitgeberseite wurde in den Verhandlungen ein Angebot von 3,5 Reichspfennig auf den Gelohn gemacht. Am Schlusse der Verhandlungen wurde von Arbeitgeberseite folgende schriftliche Erklärung abgegeben: „In Ablehnung des in der letzten Erklärung der Arbeitnehmerseite erhobenen Vorwurfs verweist der Arbeitgeberverband auf seine vorausgegangene Erklärung, in der die Möglichkeit des Weiterverhandeln enthalten war, wenn die Arbeitnehmer zu einem Entgegenkommen bereit gewesen wären. Er stellt fest, daß die Gewerkschaften die Unmöglichkeit des Weiterverhandeln dadurch herbeiführten, daß sie statt an ihrer ursprünglichen Lohnforderung festgehalten haben.“

Von Arbeitnehmerseite wird mitgeteilt: „Die Arbeitgeber wiederholten ihr gemachtes Angebot, den Spitzenlohn des 25-jährigen männlichen Tagelöhners um 3% Reichspfennig zu erhöhen. Dieses Angebot war für die Arbeitnehmervertreter unannehmbar. Da die Arbeitgeber nicht zu bewegen waren, ein höheres Angebot zu machen, forderten von den Gewerkschaften verlangt, daß sie ihre Forderungen wesentlich herabmindern sollten, was ein Weiterverhandlung nicht mehr möglich. Die Arbeitgeber tragen die volle Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen und es ist die Situation dadurch sehr ernst geworden.“

Ein großer Reparationswindel aufgedeckt

Ein großer Reparationswindel, der sich über die Pfalz, Baden und Württemberg erstreckt, und dessen Ausmaß noch nicht zu überschätzen ist, ist jetzt laut „Pfälzischer Rundschau“ in Landau aufgedeckt worden und wird in seinen Einzelheiten bekannt. Auf eine Zeitungsmeldung, daß ein französischer Kaufmann drei südpfälzische Bauunternehmer im Betrage von mehreren tausend Reichsmark geschädigt habe, indem er Aufträge auf Holzhausbauten im Inneren Frankreichs vorwärtschickte, schloß sich vier weitere südpfälzische Bauunternehmer, die durch den Schwindler um höhere Beträge geschädigt worden sind. Es handelt sich nicht um einen französischen Kaufmann, sondern um einen in Heidelberg wohnhaften Deutschen namens Franz Hilbig, der lange Zeit in Frankreich lebte und durch sicheres Auftreten und die Vorlage von Dokumenten den Firmen glaubhaft zu machen verstand, daß es sich um Lieferungen auf Reparationskonto nach Frankreich handele. Den Bauunternehmern legte er einen Lieferungsplan über 1200 Holzhäuser im Werte von je 8000 Reichsmark vor, die angeblich in der Nähe von Paris erstellt werden sollten. Wahrscheinlich sind noch weitere Firmen durch diesen Schwindler geschädigt worden.

Aus der Landeshauptstadt

Evang. Gottesdienst zur Eröffnung des Landtages. Mittwoch vormittag fand in der kleinen Kirche der evangelische Gottesdienst zur Eröffnung des Landtages statt. Es wohnten ihm die meisten evangelischen Abgeordneten, auch Kirchenpräsident D. Wirth mit den Mitgliedern der Oberkirchenbehörde und eine Anzahl Gemeindeglieder an. Den Gottesdienst hielt Pfarrer Seufert, der über den 144. Psalm predigte.

Warnung vor einem Betrüger, der Postbesitzer schädigt. In letzter Zeit hat ein Unbekannter, der sich als Kriminalbeamter oder Postbeamter ausgab, Lehrlinge und Lehrmädchen angehalten, die im Auftrage ihrer Arbeitgeber Geld beim Postfachamt abgehoben hätten. Unter dem Vorwand, daß das erhobene Geld zurückgegeben werden müsse, weil das Konto gesperrt sei, nahm ihnen der Betrüger das Geld ab. Das Landespolizeiamt warnt vor dem Betrüger.

Badisches Landestheater. Strindbergs „Traumspiel“, dessen heilige Erbauung am Samstag, den 20. November, stattfindet, wurde nach seinem Erscheinen als unerschöpflich fähiger Aufsteiger bezeichnet. Daß der Traum an die Idealität des Raumes und der Zeit mahnt, empfand der Dichter mit der ganzen Glut seiner Seele, und seinem Freunde und Übersetzer Schering bekannte er, daß „die höhere Phantasie größere Realität als diese Wirklichkeit“ habe. „Diese banalen Zufälligkeiten des täglichen Daseins sind nicht das eigentliche Leben. Mein ganzes Leben ist ein Traum...“ Eine Erinnerung an urale Weisheit, die uns Europäern so lange fremd gewesen, gilt dies „Traumspiel“, und ein Ton von Behmut und Mitleid mit allem Lebenden geht durch die schwindelnde Erzählung. Mit Anschlag an sein früheres Trauspiel „Nach Damaskus“ versucht Strindberg, die unzulänglichste, aber scheinbar logische Form des Traumes nachzuahmen. „Alles kann geschehen, alles ist möglich, und wahrscheinlich. Zeit und Raum existieren nicht!... eine Mischung von Erinnerungen und freien Einfällen. Personen teilen, verdoppeln sich, verdunkeln, verdrängen, sammeln sich. Aber das Bewußtsein des Träumenden steht über allem, kennt keine Antinomien, keine Strupel, kein Gesetz.“ Eine neue Welt tut sich auf: die Welt an sich.

Badische Kunstlotterie. Eine überaus beachtenswerte Ausstellung zeigt gegenwärtig der Ausbruch der Studierenden der Badischen Landesmusikschule in dem Orangeriegebäude, Sans Thoma-Strasse, indem er dort jene Kunstwerke zeigt, die als Gewinne der Badischen Kunstlotterie in Frage kommen. Die Tatsache, daß zugunsten der Wohlfahrtsvereinigungen der Landesmusikschule eine Lotterie aufgelegt werden mußte und die geeigneten Kunstwerke eine beachtenswerte künstlerische Linie einnehmen, vermochte eine wesentliche Zugkraft auf das karlsruher kunstliebende Publikum auszuüben. In der Ausstellung herrschte besonders am vergangenen Sonntag ein wirklich wackerer Betrieb. Die Ausstellung ist bis zur Mitte der nächsten Woche von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr geöffnet. Der Losverkauf ist sehr reger, besonders auch deshalb, weil 10 aufeinanderfolgende Nummern zum mindesten eine signierte Original lithographie gewinnen. Es muß wohl besonders noch gesagt werden, daß die Auswahl der Kunstwerke in dankenswerter Weise durch eine aus verschiedenen Professoren der Landesmusikschule zusammengesetzten Jury ausgewählt wurde.

Schwinger Lotterie. Weit über die deutschen Grenzen hinaus ist Schwinger berühmt geworden wegen der unvergleichlichen Schönheit seiner alten Schlossanlagen. Richtig der heutigen Zeit ist es, zu erhalten und zu erhalten, was an diesen Kunstschätzen und Kulturgütern noch nicht gänzlich zerstört und verschunden ist. Aus diesem Grunde wird mit Genehmigung des Badischen Ministeriums des Innern eine Lotterie veranstaltet, deren Reinertrag der Erhaltung dieser einzigartigen Anlagen dienen soll. Der Lospreis von 1 RM ist sehr gering, bei der Aussicht auf einen Höchstgewinn von 5000 RM. — Die Ziehung findet garantiert ohne Verlegung am 1. Dezember d. J. statt. Die Lose sind erhältlich bei Firma J. Sührmer, Mannheim O 7, 11, und bei allen Losverkaufsstellen. (Näheres siehe im Anzeigenteil)

Wetternachrichtenbüro der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden war es gestern kühl, aber meist trocken. Höhere Lagen des Schwarzwaldes hatten vorwiegend heiteres Wetter. Heute morgen erreichte uns die von Westen herangezogene Regenfront. Nur in den höchsten Landesteilen blieb es heiter, auf dem Feldberg mit Temperaturumkehr. Auf der Rückseite der Störungslinie folgt mit steigendem Druck allgemeine Aufbesserung, so daß wir für morgen mit ziemlich heiterem Wetter rechnen können. Wettervorhersage für Samstag, den 26. Nov.: Hiemlich heiter, trocken, tagsüber mild und nachts Strahlungsfröht.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Bretten, 24. Nov. Wie man erfährt, wird unser Landrat Dr. Pfister Mitte Dezember verabschiedet, um den Posten des Polizeidirektors in Pforzheim zu übernehmen.

D. J. Pforzheim, 24. Nov. Der Verein Pforzheimer Journalisten und Schriftsteller hat den Schriftleiter der „Freien Presse“, Friedrich Schöbelin, als 1. Vorsitzenden wiedergewählt.

Obert. v. Frbg., 25. Nov. Heinrich Freiherr von Gänzing von Altheim, Grundherr in Obert, der am Sonntag (27. Nov.) seinen 80. Geburtstag feiert, ist der einzige noch lebende Offizier, der 1870 den belannten Zeppelintritt nach dem Schirlerhof (24.—26. Juli) mitgemacht hat.

D. J. Badenweiler, 24. Nov. Das vor einiger Zeit neu erbaute Anwesen Scherz ging in das Eigentum einer Gesellschaft, die in diesem Anwesen ein soziales Kinderheim einrichten will, über.

D. J. Wieden (A. Todman), 24. Nov. Um Skizzen für die Polizei abzuhalten, wurde von der Bereitschaftspolizei auf dem Wiedener See ein Gebäude aus dem Anwesen der Witwe Six auf 10 Jahre gepachtet und zweckmäßig umgebaut. Die Belegschaft, 20—30 Mann, wird aus freiwillig Kommandierten der Polizei und Gendarmen aus dem ganzen badischen Lande bestehen, um, wie im vorigen Jahre auf dem Giffiboden, nun auch hier unter Leitung eines Offiziers im Skilauf Schule und Übung zu erhalten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. Nov.		24. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.98	169.32	168.95	169.29
Kopenhagen 100 Kr.	112.17	112.30	112.14	112.16
Italien . . . 100 L.	22.77	22.81	22.78	22.82
London . . . 1 Pfd.	20.405	20.445	20.396	20.434
Newyork . . . 1 D.	4.1835	4.1915	4.1825	4.1905
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	80.69	80.85	80.655	80.815
Wien 100 Schilling	58.01	59.13	58.96	59.08
Prag . . . 100 Kr.	12.101	12.421	12.398	12.418

Handelskammer Karlsruhe. Unter Leitung ihres Präsidenten, des Konsuls Nicolai, hielt die Handelskammer eine Vollversammlung ab. Diese sprach sich für die Aufrechterhaltung der Verordnung aus, die die Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft regelt, und beschloß ferner, für die gänzliche Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft einzutreten. Die Vollversammlung forderte sodann, daß die Einzelfirmen bei der Ermittlung des Gewerbeertrags den juristischen Personen gleichgestellt werden sollten. Die Beitreibungen des Reichsverbandes deutscher Malter, um Errichtung von Ausschüssen bei den Handelskammern, die über die Zulassung zum Maltergewerbe entscheiden sollten, wurden als zu weitgehend und der Gewerbefreiheit zuwider abgelehnt. — Weitere Beratungsgegenstände bildeten der Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung von Kammern der freien technischen Berufe, die Absicht der Post über die Einführung eines Zweifiligrampaketes und die Badische Landesauftragsstelle. In einer eingehenden Aussprache befaßte man sich ferner noch mit der geschäftlichen Betätigung der Badischen Beamtenbank.

Die Gewinnverteilung aus dem elsfässischen Kali. Im französischen Senat kam es zu einer interessanten Debatte anlässlich der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Verpachtung der Ausbeutung der elsfässischen Kalilager. Eine eingesezte Kommission hat folgende Verteilung vorgeschlagen: 82,50 Proz. für den Staat, 11 Proz. für das Departement und 6,5 Proz. für die Anteilseinerhaber.

Staatsanzeiger

Befehle des Landesversicherungsamts

Das Staatsministerium hat unterm 16. Nov. 1927 Nr. 12627 den Staatsrat a. D. Dr. Karl Krens auf Ansuchen mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab seines Amtes als Vorsitzender des Landesversicherungsamtes enthoben und den Oberregierungsrat i. v. R. Dr. Ernst Klotz mit Wirkung vom 1. Januar ab zum Vorsitzenden des Landesversicherungsamtes ernannt.

Karlsruhe, den 23. November 1927.

Der Minister des Innern:

J. V. F. H. H. H. H. H.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Zugelassen als Rechtsanwältin: Die Gerichtsassessorin Ludwig Weil beim Amtsgericht Baden beim Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Pforzheim, Heinrich Schell beim Amtsgericht Lörrach und Landgericht Freiburg.

Ernannt:

Unter Verleihung der Amtsbezeichnung „Justizrat“ zu Notaren die Gerichtsassessoren: Viktor Krämer in Eppingen, Friedrich Scheurer in Philippsburg und Dr. Eugen Laun in Schönau; Justizassistent Josef Sergl beim Amtsgericht Schönau zum Justizsekretär; die Kanzleiaffistenten Rupert Lauffer beim Amtsgericht Konstanz und Karl Ditsch bei der Staatsanwaltschaft Waldshut zu Kanzleisekretären, Kanzleiaffistentin Irma Nag beim Justizministerium zu Kanzleisekretärin, Kanzlistin Ida Ebelmann beim Justizministerium zur Kanzleiaffistentin; die Kanzleigehilfen Anna Laier beim Landgericht Mannheim und Magdalena Nonnenmacher beim Amtsgericht Heidelberg zu Kanzleiaffistentinnen.

Verteilt:

Oberaufseher Michael Stengel und Aufseher Franz Neuburger bei den Strafanstalten in Bruchsal zum Landesgefängnis Freiburg, Aufseher Heinrich Friedenauer beim Männerzuchtshaus Bruchsal zum Erziehungsheim Schloß Flehingen.

Zurückgesetzt:

Oberaufseher August Arny beim Erziehungsheim Schloß Flehingen.

Gestorben:

Rechtsanwalt Franz Rothhaupt in Offenburg.

Warum ewig in Miete wohnen? Vortrag Jeder Familie ein Eigenheim!

am 29. November, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal in Karlsruhe über

Billige Baugeldbeschaffung für Eigenheim.

Redner: Georg Kropp, der Gründer der Gemeinschaft der Freunde.

Alle, die nach einem Eigenheim streben, sind zu diesem Vortrag eingeladen. Wer verhindert ist, diesen Vortrag zu besuchen, schreibe um Unterlagen an die

Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrot-Witbg.

Eintritt frei!

Die G. d. F. ist die größte, kapitalstärkste, sicherste und erfolgreichste private Sparkasse Deutschlands.

Eintritt frei!

Leihzahlung.

**1/6 Anzahlung
6 Monate Ziel**

Trotzdem zahlen Sie bei uns keinen Pfennig mehr, wie jeder barzahlende Kunde

Damen u. Herren

- Kleider
- Mäntel
- u. Hüte
- Paletots
- Ulster
- Anzüge

Riesenhafte Auswahl / Beste Qualitäten

Beachten Sie unsere Fenster

**Confektionshaus
HIRSCHEN**

G. m. b. H.

Kaiserstraße 95

An Beamte verkaufen wir ohne Anzahlung



**Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger**

offizielles Organ der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten,
in Industrie-, Handels- und Gewerbezirken gelesen

Anzeigen aus Industrie,
Handel und Gewerbe
sind deshalb von ganz
besonderer Wirkung

Geschäftsstelle:

Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Garantiert

Ziehung 1. Dez. 1927
**SCHWETZINGER-
GELDLOTTERIE**
12500
5000
4000

LOS 1M - 11STÜCK 10M
PORTO u. LISTE 125.-
Störmer
MANNHEIM: O. 7. 11
POSTSCH. 17043 KARL. 11

Hier bei: Lotterie-Einnahmer
Zwerg und Maier, Korn, Well.

Detektiv

-Institut
u. Privat-
Rückkunft
Argus
Mannheim
O. 6. 6
Planken
Schloßstraße 33305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich
abends 8 Uhr
Die lachende
Revue

**Freut euch
des Lebens!**



Badisches Landestheater

Samstag, 26. Nov. 1927
* 8 10 Uhr - Gem. 3. G.-Gr.
(2. Hälfte)

Ein Traumspiel

von Strindberg
Musik von Reznicek
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Infras Tochter Mietens
Infras Stimme Schulte
Offizier Dahlen
Advokat v. d. Trend
Dichter Hertl
Glasermeister Gemmede
Vater des Brüter
Mutter Offiziers Emarch
Lina Silber
Türhüterin Frauendorfer
Bettelankleber Müller
Chorist Schneider
Souffleur Schulz-Breiden
Christel Riegler
Quarantänemeister Brand
Er Moebke
Sie Müller
Edith Möderl
Mutter der Edith Genier
Magister Brüter
Blinder Riesenherf
Kohlenträger Schulze
Graf

Lordkanzler Herz
Dekan der Theologie Höder
Dekan d. Philosophie Müller
Dekan der Medizin Brand
Dekan d. Jurisprudenz

Polizist Moebke
Anfang 191/2 Ende geg. 221/2
I. Rang und I. Sperstij
5. RM.

Sonntag, 27. November
vormittags: Erstes Jugend-
Konzert, nachmittags: Spiel
im Schloß, abends: Samson
und Dalila. Im Konzert:
Weiland.

Herzliche Bitte.

Die Weihnachtszeit naht wieder mit ihrer Freudenbot-
schaft vom Heiland. Auch in unsern Alters-, Kinder- und
Erziehungsheimen wird sie wieder verkündet werden und
die Herzen froh machen, wenn der Lichterbaum brennt.
Aber unter dem Baume soll doch auch in jeder unserer An-
stalten und Heime der Gabentisch stehen. Wer füllt uns
die Hände, ihn zu decken? Etwa tausend Große und Kleine,
Alte und Junge, Gesunde und Kranke warten darauf, daß
auch ihnen beschert werde. Gaben jeder Art sind uns will-
kommen und finden Verwendung. Sie können in unsere
Geschäftsstelle, Redtenbacherstraße 12, gesandt, Geldspenden
auf unser Postcheckkonto überwiesen werden.

Möchte Dankbarkeit für Gottes unaussprechliche Gabe
zur Weihnacht viele Herzen willig machen zu fröhlichem
Geben auch mitten in der Not der Gegenwart.

Für alle vergangene und gegenwärtige Hilfe ist herzlich
dankbar

**Der Vorstand des Badischen Landesvereins
für Innere Mission.**

Prälat a. D. D. Schmitthener, 1. Vorsitzender.

Karlsruhe, Redtenbacherstr. 12, im November 1927.

Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 7825, Hauptkassenverwaltung
des Badischen Landesvereins für Innere Mission, Karlsruhe.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit
Essentielle Zustellung
einer Klage.

1955, 2 Offenburg.
Der Rechtsanwalt Al-
bert Levi in Offenburg
klagt gegen den Kaufmann
Geinrich Gaed, früher in
Jahr, jetzt unbekanntem
Aufenthalts, unter der Be-
hauptung, daß er den Be-
klagten als Prozeßbevoll-
mächtigten in dem Rechts-
streite „Meurer/Gaed“ B.
S. 152/25 beim Landgericht
Offenburg anwaltschaftlich
vertreten habe, der Be-
klagte ihm hierfür ein-
schließlich 50 RM Verzugs-
kosten 50,50 RM schulde
und die Zuständigkeit des
Amtsgerichts Offenburg
vereinbart sei, mit dem
Antrage auf kostenpflich-
tige, vorläufig vollstrec-
kbare Verurteilung des Be-
klagten zur Zahlung von
50,50 RM nebst 8 Prozent
Zins hieraus ab 1. Mai
1927.

Zur mündlichen Verhand-
lung des Rechtsstreits
wird der Beklagte vor das
Amtsgericht in Offenburg
Zimmer Nr. 6 auf
Donnerstag, den 25. Ja-
nuar 1928, vorm. 9 Uhr,
geladen.

Offenburg, 19. Nov. 27.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts.

Druck G. Braun, Karlsruhe

**Les Bücher:
Wissen gibt Macht**

**Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS**

Samstag, den 26. bis Mittwoch, den 30. November
abends 8 1/4 Uhr

Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

Sonntag, den 27. November, nur 4 Uhr nachmittags

Der Adler

mit Rudolph Valentini

aus der Zeit der Zarin Katharina

Bilder aus dem Karlsruher Festzug 1927

Musikbegleitung: Polizeikapelle

Preise, Vorverkauf und Ermäßigungen wie üblich

6. 925